

## Jill Nussbaumer tritt zurück

Anlässlich der Jahresversammlung der Jungfreisinnigen Schweiz in St. Gallen trat die Chamerin Jill Nussbaumer als Vizepräsidentin der Jungfreisinnigen Schweiz zurück.

Jill Nussbaumer hat in den drei Jahren im Vizepräsidium mit den Jungfreisinnigen die nationale Renteninitiative eingereicht und das Referendum gegen die «Lex Netflix» ergriffen. Das letzte Jahr stand im Zeichen der Altersvorsorge. Nicht nur haben die Jungfreisinnigen als stärkste bürgerliche Jungpartei zum Ja zur AHV-Reform beigetragen, auch waren sie präsent in der Diskussion rund um die Zukunft des



Jill Nussbaumer bei ihrer Abschiedsrede in St. Gallen. Foto: zvg

BVG. Mit ihrem Rücktritt will Nussbaumer das Vizeamt einer jüngeren Person übergeben, welche die Abstimmung zur Renteninitiative begleiten wird. Wird in der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SGK-N kein Gegenvorschlag beschlossen, kommt die Jungfreisinnige Initiative in einem Jahr vor das Volk. Nussbaumer bleibt politisch aktiv als FDP-Kantonsrätin. Zudem wurde sie für die nationalen Wahlen im Oktober von der FDP Kanton Zug als Spitzenkandidatin für den Nationalrat nominiert. Jonas Lüthy aus Basel-Stadt hat sich in der Kampfwahl durchgesetzt und tritt die Nachfolge von Jill Nussbaumer an. PD

## Vorstand und Co-Präsidium bestätigt

An ihrer Jahresversammlung hat die Juso Zug ihren Vorstand und das bisherige Co-Präsidium bestätigt.

Der Vorstand setzt sich aus Levin Freudenthaler (Steinhausen), Jamie Niggli (Risch) und Leon Svoboda (Oberwil) zusammen. Amélie Krause (Baar) wurde nach mehrjähriger Tätigkeit aus dem Vorstand verabschiedet.

Nicht zuletzt hat die Jungpartei auch ihren Wahlkampf für die Nationalratswahlen im Oktober angekündigt und ihre Liste nominiert. Das Co-Präsidium betont dabei, dass sie



Nominierte von links: Arsena Odermatt, Jana Kürzi und Levin Freudenthaler. Foto: zvg

diesen Wahlkampf gemeinsam antreten möchten und um jede Hilfe aus ihrer Basis dankbar ist. Nomi-

niert und einstimmig gewählt wurden Arsena Odermatt, Jana Kürzi und Levin Freudenthaler. PD

## Die längst überfällige Anerkennung der höheren Berufsbildung scheitert am Ständerat

Im Ständerat stand die Motion «Titeläquivalenz für die höhere Berufsbildung» zur Debatte. Dieser hat mit 16 zu 19 Stimmen gegen einen international verständlichen Titel entschieden. Ein kleiner Trost sei erwähnt, dass die beiden Ständesvertreter aus unserem Kanton Zug für diese Motion waren. Im Nationalrat hat die Motion zwar die Hürde geschafft, aber auch dort waren zahlreiche bürgerliche Kräfte dagegen. Gerade die bürgerlichen Politiker beider Räte setzen sich gerne für die KMU, die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt ein. Hier hätten sie die Chance gehabt, dies auch zu bestätigen. Der vom Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) lancierte Titel «Advanced Federal Diploma of Higher Education» ist unverständlich und alles andere als eine Würdigung für diese tertiären Bildungsabschlüsse. Die Titel-erkennung könnte nämlich die Diskussionen bezüglich der Gymna-

sialquote entschärfen. Einen Beruf zu erlernen ist gerade im Kanton Zug nicht die erste Wahl. Dies zeigt sich zum Beispiel an der sehr hohen Gymnasialquote von 37 Prozent in der Stadt Zug. Die Lehre und auch die anschließende höhere Berufsbildung würde zu einer attraktiven Alternative zur akademischen Laufbahn werden. In Deutschland und Österreich hat man dies erkannt und den Professional Bachelor (BPr.) und den Professional Master (MPr.) eingeführt. Das dabei oft angeführte Argument, man würde so ein «Titelwarrir» veranstalten, haben die Spitzenbeamten des ehemaligen Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie und des nachfolgenden SBFI bereits verursacht.

In diesem Kontext ist es leider immer noch so, dass vielen Arbeitgebern unbekannt ist, was die Unterschiede zwischen einem konsekutiv Master, einem Executive Master und einem Master of Advanced Studies

sind. Ich habe mal eine ausländische Kaderfrau im Personalwesen eines hier ansässigen Pharmaunternehmens gefragt, ob sie die Unterschiede kennt. Die Antwort ist sie mir bis heute schuldig geblieben. Die Anerkennung, die Reputation und der Status der beruflichen Titel ist entscheidend für unser viel gelobtes Berufsbildungssystem. Ohne angemessene und verständliche Titel erhält die Berufsbildung einen Kollateralschaden.

Zu guter Letzt: Die Abstimmungsergebnisse des Ständerats und des Nationalrats sind öffentlich und können in dieser Sache, wie auch in anderen politischen Geschäften konsultiert werden. Wenn man sich nicht sicher ist, wen man bei den anstehenden Wahlen auf den Zettel schreiben soll, ist dies eine gute Orientierung.

Rolf Brandenberger  
alt Kantonsrat  
Risch Rotkreuz

## Übergewichtigkeit der Gesamtbevölkerung

Adipositas ist längst kein privates Problem mehr, es ist inzwischen so verbreitet, dass es zum gesellschaftlichen und vor allem wirtschaftlichen Problem wird. Was mich bei der gesamten diesbezüglichen Diskussion nervt, ist das Palaver über Vererbung, Veranlagung und gesundes Essen. Für mich ist nicht das gesunde Essen das Problem, sondern unser Verhältnis zum Genuss. Statt das Essen zu geniessen, reden wir ständig über das Idealgewicht. Wie andernorts haben wir völlig das Körpergefühl verloren und aufgrund falscher Erziehung essen wir oft über den Sättigungsgrad hinaus, weil Eltern, statt selbst zu schöpfen, dem Kind befehlen das zu essen, was es geschöpft hat. Erstens überfordern sie damit das Kind und zweitens stehen sie sich aus der Verantwortung. Sie müssen dem Kind Genuss lernen und das Vertrauen geben, da es immer nachgeschöpft erhält,

wenn es noch Hunger hat, aber Schöpfen ist Aufgabe der Eltern und nicht des Kindes. Wenn ich schaue, was für Chemie in all den kommerziellen Nahrungsmitteln steckt, und wie sie verändert werden, frage ich mich, ob das gut ist.

Vor allem Nahrungsergänzungsmitteln spielen eine völlig überschätzte Rolle. Sie sind meiner Ansicht nach weder notwendig noch gesund, sondern zerstören das Natürliche. Es würde mich nicht wundern, wenn die Konzerne ganz bewusst das Suchtpotential gewisser Mittel benutzen, um den Umsatz zu steigern. Sie nützen zudem schamlos aus, dass man in der heutigen Arbeitswelt gar keine Zeit hat «gesund» zu kochen. Die Fertigprodukte werden uns von der Arbeitswelt aufgezwungen und machen krank. Wie soll eine alleinerziehende Mutter neben ihren zwei Jobs noch Zeit haben selbst zu kochen? Die politi-

sche Diskussion versteift sich zu sehr auf Bio und Fleischverzicht, weil den Politikern der Mut fehlt gegen die grossen Produktionsbetriebe vorzugehen und von Grossbetrieben auf Kleinbetriebe umzustellen. Wie so oft, liegt meiner Ansicht nach das eigentliche Problem darin, dass alles in unserem Leben vom Leistungsdenken diktiert wird.

Genuss, Freude, Vielfältigkeit werden unterdrückt und alles normiert, sodass es ins Marketingkonzept der Konzerne passt und ihre Rendite erhöht werden kann. Dass gleichzeitig unsere Umwelt und Gesundheit zugrunde geht, interessiert die Chefs nicht. Im Gegenteil, mit ausgeklügelten Marketingstrategien führen sie uns zu den Nahrungsmitteln, die uns langfristig krank und übergewichtig machen.

Michel Ebinger  
Rotkreuz

## Hilfe vor Ort statt neue Durchgangsstation

Das Asylsystem ist aus den Fugen geraten. Die Abgrenzung zwischen Kriegsvertriebenen und Wirtschaftsmigranten hat sich zur Unkenntlichkeit verwässert. Dies führt dazu, dass immer mehr Wirtschaftsmigranten illegal einreisen und auf Kosten der Steuerzahler hier leben.

Die verfehlte Asylpolitik führt zu explodierenden Kosten, mehr Kriminalität und zu gesellschaftlichen Problemen. Jetzt in Steinhausen für 17 Millionen ein neues Durchgangszentrum für Asylanten zu bauen, ist falsch und lediglich Symptombekämpfung. Es braucht eine Neukonzeption der Asylpolitik mit klarer Trennung zwischen Kriegsvertriebenen und Wirtschaftsmigranten.

Es ist stossend, dass Wirtschaftsmigranten von Beginn an die komplette Versorgung inklusive gratis Anwalt geniessen. Findige Anwälte ziehen die Verfahren auch bei aussichtslosen Fällen in die Länge und verdienen sich dabei eine goldene Nase. Immer mehr Gemeinden sind finanziell am Anschlag, denn der Bund kommt nur für die ersten sechs Jahre für die Asylanten auf, danach bezahlen die Gemeinden.

Offiziell soll das neue Durchgangszentrum Platz für 150 Asylanten bieten. Es ist eine «Schwankungsreserve» von 100 Personen eingeplant. Aufgrund der sehr prekären Lage müssen wir befürchten, dass nicht 150, sondern 250 Asylanten in Steinhausen untergebracht werden. Wir müssen das Problem der verfehlten Bundes-Asylpolitik an der Wurzel packen und uns nicht in teurer Sym-



Thomas Werner. Foto: zvg

ptombekämpfung verlieren. Die Gemeinden und die Kantone müssen den Druck erhöhen, damit in Bern das Asylgesetz überarbeitet wird. Den Kriegsvertriebenen soll in erster Linie vor Ort geholfen werden. Die illegale Migration hingegen muss konsequent bekämpft werden.

Thomas Werner  
Kantonsrat SVP  
Unterägeri

## Ein Strandbad und ein neues Hallenbad

In der Stadt Zug soll ein neues Hallenbad gebaut werden, um den Bedarf der Bevölkerung an einem modernen und grosszügigen Schwimmbad zu decken. Eine eingereichte Volksinitiative für ein neues Hallenbad zeigt auf, dass hier Handlungsbedarf besteht. Für die Einwohner der Stadt Zug gibt es zwei kleine Hallenbäder, die je einem Schulhaus (Loreto und Herti) angeschlossen sind. Diese Schulbäder werden tagsüber von Schulklassen belegt, abends trainieren dort die Wassersportvereine, die sich jedoch stark einschränken müssen, da sie die Wasserzeit einigermassen gerecht verteilen müssen. Wer unter der Woche in einem der beiden Bäder schwimmen will, kann dies nur zu den Randzeiten tun.

Nun wurde die Politik aktiv. Ein Postulat wurde Ende Januar von der Mehrheit der Mitglieder des Grossen Gemeinderates an den Stadtrat überwiesen, um die Planung des neuen Hallenbads voranzutreiben. Der Standort auf der Oeschwiese, neben dem vergrösserten Strandbad, wurde als ideal betrachtet. Die beschränkte Fläche sollte für das Freibad optimal genutzt werden, indem man etwa das Dach des Hallenbads als Liegewiese nutzt.

Günstigere oder bessere Standorte gibt es in der Stadt keine, denn potenzielle Standorte bei Schulen oder angrenzenden Industrien gibt es in der Stadt Zug nicht oder nur wenige. Als möglicher Ort käme nur das Gaswerkareal bei den Sportanlagen oder die Fläche zwischen Baar und Zug in Frage.

Das Brüggli sollte zu einem Strandbad werden. Hier stellt sich die Frage, was die Korporation Zug von dieser Idee hält. Dieser beliebte Ort soll



Daniel Ritter. Foto: zvg

der Öffentlichkeit für die Benutzung von Stand-up-Paddles, zum Kitesurfen, Bräteln und für Beachvolleyball weitgehend uneingeschränkt zur Verfügung stehen. Aus diesem Grund soll das neue Hallenbad neben dem Strandbad mit einer umweltfreundlichen Heizmethode auf der Oeschwiese gebaut werden, was eine optimale Nutzung, etwa mit der Circolago-Technik auf der bezogenen Fläche möglich macht. Mit diesem Konzept kommen die Schüler, Wassersportvereine und die Bewohner zukünftig zu ihren benötigten Wasserflächen.

Daniel Ritter  
Grünliberale Partei  
der Stadt Zug